

Wahlprüfstein DIE LINKE

Bundesverband der Deutschen Milchviehhalter
Gutenbergstr. 7-9
85356 Freising

Landwirtschaft und die Zukunft der Milchviehhalter

I. Milchmarkt

1. In Erkenntnis aus den Erfahrungen der Milchmarktkrise 2009 heraus befürwortet das EU-Parlament die Einführung eines weiteren Marktkriseninstruments. Mit dem freiwilligen Produktionsverzicht gegen Ausfallentschädigung (FPVZ) könnte in Fällen schwerer Marktverwerfungen schneller wieder ein Marktgleichgewicht hergestellt werden. Wie steht Ihre Partei zu diesem laut Umfragen von der großen Mehrheit der Milchviehhalter befürworteten Marktinstrument?

Aus Sicht der LINKEN ist entscheidend, im Milchsektor Arbeitsplätze und regionale Produktion, Verarbeitung und Vermarktung zu stärken. Unser Schwerpunkt ist dabei die Stärkung der Erzeugerseite mit dem Ziel der Erzielung kostendeckender (und bezahlbarer) Milchpreise. Dies kann in Selbstorganisationsmaßnahmen der Erzeugerbetriebe gelingen, die auch der BDM vorgeschlagen hat. Zum Beispiel durch Bündelung auf der Angebotsseite und Stärkung des genossenschaftlichen Sektors in den Regionen (Produktion, Verarbeitung, Vermarktung) inklusive der Rechte der Genossenschaftsmitglieder. Ein staatliches Produktionssystem schließt das nicht aus, wenn es an der realen Nachfrage orientiert, effektiv lenkbar und fair ist. Da dies nur im solidarischen Miteinander innerhalb der gesamten Wertschöpfungskette sowie des Staates gelingen kann, sind aktuell Zweifel an der Erreichbarkeit verständlich. Auch ein freiwilliger Produktionsverzicht gegen Ausfallentschädigung ist denkbar, wenn eine selbstorganisierte (genossenschaftliche) Erzeugerbündelung nicht im notwendigen Maß erreichbar sein sollte, der wir auch aus Gründen der Betriebsnähe den Vorrang geben. Denn ein freiwilliger Produktionsverzicht wäre organisatorisch aufwendig und anfällig für sachfremde Entscheidung: Wer stellt eine schwere Marktverwerfung fest und wann, auf welcher Basis wird ein „freiwilliger Produktionsverzicht“ berechnet, wie hoch ist die Ausfallentschädigung? Wer kontrolliert, dass statt einer Produktionsdrosselung nicht andere Lieferwege eingeschlagen werden? Wie sollen damit strategische Marktverdrängungen durch andere Milcherzeuger verhindert werden? Die LINKE sieht daher bessere Möglichkeiten zur Stärkung der Marktposition wenn es gelingt, Regionalität der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung sowie Bündelung des Angebots zu kombinieren. Die Region als Qualitätsmerkmal steht außer Konkurrenz. Wenn es gelingt, in der Milchvermarktung die Erzeugungsregion noch stärker als bisher als Verkaufsargument zu verankern, bringt auch die Angebotssteuerung stärkere und wirkungsvollere Effekte.

2. Die Umsetzung des EU-Milchpakets und die Fortschreibung der Gemeinsamen Marktordnung (eGMO) sieht die Installation eines Monitoring-Tool vor. Damit wird eine zeitnahe Beobachtung der Entwicklung des Milchmarkts ermöglicht. Nicht vorgesehen ist bisher, aus diesen Erkenntnissen entsprechend

notwendige Veränderungen bezüglich des Rohmilchangebots vorzuschlagen und umzusetzen.

Wie steht Ihre Partei zu der Forderung der Milchviehhalter, das Monitoring-Tool zu einer Monitoringstelle mit entsprechender Befugnis, notwendige Veränderungen im Rohmilchangebot vorzuschlagen und mit einer Allgemeinverbindlichkeit versehen umzusetzen?

Die Sinnhaftigkeit eines Monitoring-Tools wird insbesondere davon abhängen, ob es eine unabhängige und transparente Marktbeobachtung in Interesse der Erzeugerbetriebe darstellt. Es sind Zweifel nachvollziehbar, ob bei Übertragung von staatlichen Regulierungskompetenzen an eine Monitoringstelle diese effektiver und fairer im Interesse der Erzeugerbetriebe auf Über- oder Unterangebotssituationen bei Rohmilch reagieren könnte, als ein funktionierendes Selbstorganisationssystem der Erzeugerbetriebe. Würde dieses jedoch nicht zustande kommen, wäre eine Regulation immer noch besser, als dem Dumpingwettbewerb unregulierter Märkte allein die Neuordnung der Betriebsstrukturen zu überlassen.

3. Das in der Sektoruntersuchung Milch vom Bundeskartellamt festgestellte Marktmachtgefälle zu Ungunsten der Milchviehhalter, gerade auch in den genossenschaftlich strukturierten Molkereiunternehmen, besteht weiterhin. Mehr noch: mit zunehmender Konzentration auf Seiten der Molkereiindustrie wird dieses Marktmachtgefälle sogar verstärkt und ein Markt um Rohmilch vor der Molkereiwirtschaft zunehmend ausgeschlossen.

Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei diesen Missstand angehen? Wie können die Milchviehhalter aus Ihrer Sicht wieder in eine entsprechende Marktposition gebracht werden?

Die LINKE steht prinzipiell zu genossenschaftlichen Vermarktungsmodellen. In einer Studie des Berliner Genossenschaftsinstituts (Prof Harnisch) aus dem Jahr 2012 wurde eindeutig belegt, dass in Mitgliedsstaaten mit hohem genossenschaftlichen Organisationsgrad über längere Zeiträume gesehen der durchschnittliche Milchpreis für die Rohmilch höher liegt, auch wenn die Genossenschaftsmolkereien selbst nicht die Höchstpreise zahlten. Die Studie zeigt, dass es langfristig im Interesse der Milcherzeugungsbetriebe ist, die Molkereiwirtschaft möglichst umfassend in genossenschaftlicher Hand zu behalten. Wenn Versuche von Milcherzeugern zum Teil gescheitert sind, ihren Einfluss in der Geschäftsführung der Molkereien zu vergrößern, spricht das deshalb aus unserer Sicht dringend für eine Stärkung der Rechte der Genossenschaftsmitglieder, aber nicht gegen das genossenschaftliche Modell.

II. Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP 2013)

1. Wie steht Ihre Partei zu der Möglichkeit, bis zu 30 % des nationalen Direktzahlungsvolumens zur Aufstockung der Förderung der ersten Hektare eines jeden Betriebes zu verwenden?

Auch mit der Reform der GAP 2013 wirkt mit einem Anteil von 70 Prozent (Greening-unabhängiger Teil) ein Großteil der Direktzahlungen als direkte Einkommensunterstützung. Eine finanzielle Aufstockung der ersten Hektare führt zu mehr Verteilungsgerechtigkeit der Direktzahlungen unter den Betrieben und wird in diesem Sinne als Kompromisslösung von der LINKEN unterstützt. Damit wird allerdings nicht der agrarpolitische Anspruch erfüllt, die Direktzahlungen vollständig an sozial-ökologische Leistungen der Agrarbetriebe zu koppeln.

2. Weitergehend sollen bis zu 15 % der Mittel der 1. Säule in die 2. Säule und umgekehrt umgeschichtet werden können.

Wie beurteilt Ihre Partei diese Möglichkeit und welche Möglichkeiten des Mitteleinsatzes werden gesehen?

Die LINKE lehnt die Modulation ab, weil damit die Finanzengpässe nicht behoben, sondern kaschiert sowie 1. und 2. Säule gegeneinander ausgespielt werden. Eine fakultative Modulation verstärkt die Gefahr des weiteren Auseinanderdriftens der Förderprogramme der EU-Mitgliedsstaaten und einzelner Regionen und damit der Verstärkung der Re-Nationalisierungstendenzen in der Agrarpolitik. So wichtig regionale Entscheidungsspielräume für zielgenauere soziale und ökologische Effekte der Förderpolitik und aus demokratischen Erwägungen sind, löst Uneinigkeit in der Strategie kaum Probleme sondern schafft eher zusätzliche.

3. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, sich bei der Berechnung der Direktzahlungen zukünftig auch an dem gerade für die Milchviehhaltung hohen Arbeitskräftebedarf zu orientieren?

Ja, die LINKE hat sich in der Debatte um die GAP-Reform für eine komplette Bindung der Direktzahlungen an soziale und ökologische Standards ausgesprochen. Die Berücksichtigung des Arbeitskräftebedarfs ist dabei ein wichtiges Kriterium. Ein weiteres ist die Zahlung von Mindestlöhnen nach dem jeweiligen nationalen Standard.

4. Wie steht Ihre Partei der Forderung nach einer Begrenzung der Direktzahlungen auf Ebene des Arbeitskräftenormbedarfs gegenüber?

Für die LINKE bietet die Möglichkeit, bei der Kappung Lohnaufwendungen gegenrechnen zu können, eine Kompromisslösung, die wir unterstützen.

5. Unterstützen Sie den Vorschlag, als Greening-Maßnahme zur Erfüllung der Maßgaben zu den ökologischen Vorrangflächen den Anbau von Eiweißpflanzen/Leguminosen anzuerkennen?

Ja, die LINKE unterstützt die Möglichkeit im Rahmen des Greening Eiweißpflanzen anzubauen. Allerdings sollte beim Anbau der Leguminosen im Rahmen der Greening-Verpflichtung auf eine N-Düngung und nach Möglichkeit auf Pflanzenschutzmaßnahmen verzichtet werden.

6. Hat sich die Agrarpolitik vordergründig weiterhin auf die weltweite Wettbewerbsfähigkeit der EU-Milchwirtschaft und damit verbunden auf weltweit wettbewerbsfähige Erzeugerpreise zu konzentrieren? Damit wurden in Drittländern, da sind wir uns mit Kirchen, Umweltorganisationen und Drittwelt-Verbänden einig, Märkte empfindlich gestört bzw. sogar zerstört.

Ist aus Sicht Ihrer Partei Agrarpolitik nicht nur als Sektor-, sondern auch mit gesellschaftspolitischer Relevanz zu sehen? Welche konkreten Ansätze verfolgt Ihre Partei dazu?

Wochenmarkt statt Weltmarkt – unter diese Devise hat die LINKE eine eigene agrarpolitische Vision bis zum Jahr 2050 (www.plan-b-mitmachen.de) entwickelt, die wichtige Prinzipien wie die Sicherung der Ernährungssouveränität gerade auch in Drittländern sowie die Ausrichtung auf regionale Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungssysteme sowohl in Europa als auch weltweit vollzieht. Die aktuelle Orientierung auf den von Sozial- und Öko-Dumping beherrschten Weltmarkt ist gerade im essentiellen Bereich der Agrarwirtschaft strategisch falsch und muss beendet werden. Die Exportorientierung der deutschen und auch europäischen Agrarpolitik schadet volkswirtschaftlich mehr als dass sie nutzt. Es muss daher

politisch umgesteuert werden auf eine Attraktivitätssteigerung regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung. Wichtige soziale und ökologische Leistungen sollen von der Gesellschaft honoriert werden. Dazu gehören Erhalt und Verbesserung der biologischen Vielfalt in der Agrarkulturlandschaft, Klimaschutz, die Einhaltung sozialer Mindeststandards und der Erhalt von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum (zum Beispiel Biotoppflege, Direktvermarktung, Tourismus). Mit der Weiterentwicklung der Agrarpolitik sind die entsprechenden Instrumente dafür heute weitestgehend vorhanden, sie müssen aber effektiver und anwenderfreundlicher umgesetzt werden. Zum Beispiel darf der (meist unverschuldete) Verlust von Flächen nicht dazu führen, dass Fördergelder für Agrar-Umwelt-Maßnahmen oder Ökolandbauförderung zurückgezahlt werden müssen.

III. Novellierung Düngeverordnung — Derogationsregel erhalten

Die DÜV hat die EU-Richtlinie zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen („Nitratrichtlinie“, 91/676/EWG) umzusetzen. Die in dieser Richtlinie festgelegte Höchstfracht für Wirtschaftsdünger mit 170 kg N je ha und Jahr (NH₃Verluste nach der Ausbringung können noch in Abzug gebracht werden) berücksichtigt jedoch nicht die unterschiedlichen Intensitäten des Grünlands. Mit der Derogationsregel ist es bis Ende 2013 möglich, eine Erhöhung auf 230 kg N und Jahr zu beantragen und damit dem N-Bedarf von vier- und fünfschnittigen Wiesen gerecht zu werden. Ein Auslaufen der Derogationsregel würde in keinem Fall dem Nährstoffkreislaufgedanken gerecht. Die Verlängerung darf nicht mit einer Ausweitung der vorgeschriebenen Lagerkapazitäten für Wirtschaftsdünger verknüpft werden.

Wie steht Ihre Partei zu diesem Sachverhalt?

Die Überschussprobleme der Nitrat- und Phosphatdüngung sind leider noch nicht gelöst. Allerdings nimmt die Derogationsregelung nur eine überschaubare Anzahl von Betrieben in Anspruch. Grundsätzlich muss aus Sicht der LINKEN eine mögliche Verlängerung der Derogationsregelung bundesweit einheitlich gelten. Eine dokumentierte Düngungsplanung für die N- und P-Düngung sollte zur Grundlage guter fachlicher Praxis werden.

IV. Wahrheit und Klarheit bei der Produktkennzeichnung

In Zeiten zunehmender Sensibilisierung eines größer werdenden Teils der Verbraucher und der Medien sollte eine Herkunftsbezeichnung aller für ein Fertigprodukt verwendeter Herstellungsbestandteile eine Selbstverständlichkeit sein. Es grenzt an Verbrauchertäuschung, wenn als Herkunft eines Produkts nur die Stätte des letzten Verarbeitungsschritts angegeben, nicht jedoch die Herkunft der einzelnen Bestandteile des Produkts gekennzeichnet werden muss. Jede Initiative der Milchviehalter für ein klares Kennzeichnungsrecht ist jedoch bisher am Widerstand der Molkereiwirtschaft und ihrer nahestehenden Verbände gescheitert. Eine hochwertige Vermarktung der Milchprodukte ist nur dann möglich, wenn deren Zutaten hochwertig sind und die Verbraucher entsprechendes Vertrauen in die Produkte setzen können.

Unterstützt Ihre Partei die Bestrebungen des BDM und seiner Mitglieder für eine klare Produktkennzeichnung?

DIE LINKE unterstützt das Anliegen des BDM für eine klare und wahre Produktkennzeichnung. Die Herkunftskennzeichnung muss den gesamten Herstellungsprozess und die gesamte Lieferkette umfassen, quasi ein „Reisepass für Lebensmittel“ vom Stall bis in die Ladentheke sein. Wichtig sind der LINKEN darüber hinaus Informationen, die für die Verbraucherinnen und Verbraucher verständlich und nachvollziehbar sind.

V. Gerechtigkeit herstellen — Umrechnungsfaktor für Milch anpassen

Während in den meisten EU-Ländern bei der Umrechnung des erfassten Milchvolumens in das Gewicht mit dem Faktor 1,03 gerechnet wird, werden die deutschen Milchviehhalter mit Faktor 1,02 benachteiligt. Konkret bedeutet das, dass für die Produktion von 100.000 kg Milch in Deutschland 98.039 Liter Milch abgeliefert werden müssen während es in anderen EU-Ländern nur 97.087 Liter sind. Mit einer Harmonisierung des Umrechnungsfaktors auf 1,03 könnte Marktgleichheit hergestellt werden.

Wie steht Ihre Partei dazu?

Die LINKE unterstützt das Anliegen des BDM den Umrechnungsfaktor für Milch auf 1,03 anzupassen und hatte sich bereits gegen die Absenkung des Umrechnungsfaktors ausgesprochen und vor den Folgen gewarnt.